

LEITARTIKEL

Die CDU lähmt sich selbst

Die Partei muss ihr Verhältnis zur Linkspartei und zur AfD einmal grundsätzlich klären

Einstimmigkeit – das ist ein Wort, das Klarheit suggeriert und Geschlossenheit. Einstimmig hat das CDU-Präsidium einen Beschluss zum Umgang mit den Ereignissen in Thüringen gefasst. Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer hat das Abstimmungsergebnis hervorgehoben. Von Geschlossenheit und Klarheit allerdings kann keine Rede sein. In der Union ist zwar die Empörung über den FDP-Mann Thomas Kemmerich einhellig. Aber das war es dann auch schon.

Abschließend geklärt hat die CDU ihr Verhältnis zur AfD nicht – und auch nicht das zur Linkspartei. Es liegt vor allem daran, dass die CDU bei all ihren Beschlüssen an der Oberfläche geblieben ist. Die Entschlossenheit macht sich an Schlagworten fest, die nicht oder unzureichend hinterlegt sind. Das ver-

Ungeschicktheit und Unsicherheit der Parteichefin

meidet zunächst tiefergehende Konflikte. Aber es trägt nur so lange, bis es konkret wird.

Die CDU hat davor die Augen verschlossen. Das rächt sich nun. Denn mit geschlossenen Augen gerät man ins Stolpern. Nun sind alle übereinander gepurzelt und weisen sich empört gegenseitig die Schuld zu. „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“ Die Festlegung des Parteitags von 2018, wenige Monate darauf vom Präsidium (mal wieder einstimmig) bestätigt, ist so kurz wie unklar. Nicht definiert ist,

DANIELA VATES
ksta-politik@
dumont.de

was Zusammenarbeit bedeutet, wo sie also anfängt und wo sie endet. Eine gemeinsame Ministerpräsidenten-Wahl mit der AfD ist erst seit vergangenem Donnerstag explizit qua Präsidiumsbeschluss ausgeschlossen, sofern die AfD die Abstimmung entscheidet. Aber sind inhaltliche Beschlüsse eines Parlaments in Ordnung, wenn die AfD ihnen zur Mehrheit verhilft? Kramp-Karrenbauer ist der Frage ausgewichen: In Thüringen wolle die CDU ohnehin nur über Anträge abstimmen lassen, die auch für Rot-Rot-Grün akzeptabel seien. Das ist eine Hoffnung, und allerhöchstens eine Situationsbeschreibung.

Und dann ist da noch das denkfaule Hilfskonstrukt der Äquidistanz – die Gleichsetzung von Linkspartei und der AfD. Der Unterschied: Bei der AfD bestimmen Rechtsextreme den Kurs, sie macht aus ihrer Abscheu vor demokratischen Institutionen keinen Hehl. Es ist klar, dass sich eine Partei aus dem bürgerlich-konservativen Spektrum, die noch dazu die Warnung vor den „roten Socken“ erfunden hat, ungleich schwerer tut mit einer Entdämonisierung der Linkspartei als die SPD.

Die CDU aber lähmt sich selbst. Jede inhaltliche und strategische Auseinandersetzung wird zum Stellvertreterkonflikt um den Kanzlerkandidaten. Das liegt an Ungeschicklichkeiten und Unsicherheit der Parteivorsitzenden, die versucht, alle Seiten mitzunehmen und darüber ihre Sprache verliert. Es liegt aber auch am mangelnden Teamspiel ihrer Gegner, die das Lauern zur Hauptbeschäftigung gemacht haben. Ihr strategisches Problem hat die CDU noch nicht bewältigt. Dazu braucht es eine grundsätzliche Debatte.

KOMMENTAR

Schmerzgrenze ist erreicht

Pflege braucht bessere Arbeitsbedingungen

In der Pflegeversicherung liegen Freud und Leid eng beieinander: Als sich vor einigen Tagen die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf höhere Mindestlöhne in der Altenpflege einigten, war zwar überall Lob zu hören. Doch das Geld für höhere Löhne fällt nicht vom Himmel. Es kommt derzeit allein von den Pflegebedürftigen selbst. Schon heute müssen Heimbewohner im Schnitt fast 2000 Euro im Monat aus der eigenen Tasche dazuzahlen. Und das Ende der Fahnenstange ist längst nicht erreicht.

Denn richtigerweise streben – unterstützt von der großen Koalition – die Gewerkschaften und ein Teil der Arbeitgeber nach wie vor flächendeckende Tariflöhne an, die die Kosten weiter steigen lassen. In der Pflege müssen endlich attraktive Arbeitsbedin-

TIM SZENT-IVANYI
ksta-politik@
dumont.de

gungen geschaffen werden – sonst kollabiert das System, weil der Personalmangel immer schlimmer wird.

Der Vergleich mit Skandinavien und den Benelux-Staaten, die alle über sehr gut funktionierende Pflegesysteme verfügen, zeigt, dass die Pflege in Deutschland tatsächlich deutlich unterfinanziert ist. Doch wer muss für höhere Aufwendungen aufkommen? Zumindest ist klar: Die Belastung der Pflegebedürftigen und ihrer Familien durch die hohe Selbstbeteiligung in den Heimen beziehungsweise die intensive Betreuung zu Hause hat die Schmerzgrenze erreicht. Um eine menschenwürdige und bezahlbare Pflege zu sichern, müssen nicht nur die Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber steigen. Nötig sind zudem Steuerzuschüsse in Milliardenhöhe.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Flirt mit dem Chaos

Die Deutschen pflegen eine Hassliebe zur Bürokratie – Auswüchse wie die Bonpflicht fördern fatalerweise den Ruf nach raschem Durchgriff

Die seit Januar geltende Bonpflicht hat zu viel Unmut geführt. Politiker verweisen darauf, dass sie den Steuerbetrug eindämmt. Umweltschützer hingegen kritisieren die enorme Papiervergeudung. Und die Kunden erleben die Bonpflicht als Tempolimit im Zahlungsverkehr. Bereits beim Brötchenkauf am Morgen wird die schlafwandlerische Routine ausgebremst. Beim Aufbruch in ein neues Jahrzehnt kehrt Deutschland seine bürokratische Seite heraus.

Gesetze und Regularien sind wichtig. Ohne ihren Ordnungsrahmen wäre jeder Bürger der Willkür des Einzelnen oder des Staates unterworfen. Eine funktionierende Bürokratie schafft Sicherheit, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und auch Gerechtigkeit. Aber aus Wohltat droht Plage zu werden, wenn sich die Regelwerke verselbstständigen, wenn sie engmaschiger und am Ende kafkaesk werden. Die Ordnungen werden dann nicht mehr als Hilfe erlebt, sondern als Gängelung, als absurdes Diktat.

In Krankenhäusern zum Beispiel führt eine akribische Dokumentationspflicht mitunter

Die Bürokratie-Skepsis droht zu einer gefährlichen Demokratie-Skepsis zu werden

dazu, dass die Ärzte mehr Zeit für die Pflege der Dateien aufbringen als für die Pflege der Patienten. Im Paragrafendschungel verheddern sich nicht nur private Kleinprojekte wie der Hausbau, sondern auch Großprojekte wie Flughäfen oder Opern.

Die Auswüchse der Bürokratie fördern fatalerweise in Teilen der Bevölkerung die Sehnsucht nach raschem Zugriff und radikalem Durchregieren. Voller Bewunderung blicken manche nach China, wo innerhalb von nur zehn Tagen ein Krankenhaus mit 1000 Betten entsteht. Führergestalten wie Trump, Putin oder Erdogan gewinnen auch hierzulande an Faszination, weil sie Fortschritt durch kompromissloses Vorwärtsschreiten verheißen. Die Bürokratie-Skepsis droht so zu einer gefährlichen Demokratie-Skepsis zu werden. Wieso noch mühsam und zeitaufwendig Interessen ausgleichen, Rücksicht auf Schwächere oder Minderheiten nehmen, wenn nationale Egoisten oder handstreichartige Unternehmungen als Erfolgsmodell erscheinen?

Allerdings gibt es in Deutschland keine generelle Bürokratie-Aversion, sondern eine innige Hassliebe. Behörden, Regeln, DIN-Normen und Paragraphen sind eine Art Identitätsanker. Sie versprechen, die deutsche Unruhe zu bannen und eine absolut verlässliche, sichere und perfekte Welt zu errichten, die mit der Präzision eines Uhrwerkes funktioniert. Der Stolz auf standardisierbare Perfektion hat Deutschland zum Land der Organisatoren, Bürokraten und Logistiker gemacht, zum „Tiv der Welt“, der global vom Spielzeug bis zum Kernkraftwerk alles prüft.

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt in seiner Kolumne aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Sobald die Bürokratie einen persönlichen Zugewinn an Sicherheit oder Kontrolle verheißt, wird sie auch heute geliebt und eingefordert. Wir erleben das in diesen Wochen im Umgang mit dem Coronavirus, wo der Ruf nach Reise-Restriktionen, Quarantäne, vorsorglichen Kontrollen laut und beinahe einhellig ist. In Sachen Gesundheit hat sich auch hierzulande eine digitale Privatbürokratie durchgesetzt, die zu einer freiwilligen Selbstversklavung führen kann. Von Fitness- oder Ernährungs-Apps lassen sich die Nutzer exakt vorschreiben, wie viel sie sich bewegen oder was sie genau essen müssen. Den vorgegebenen Algorithmen folgen sie oft mehr als ihrem eigenen Biorhythmus.

Wir brauchen heute im Privatleben wie in der Politik eine Revision der Bürokratie. Bestehende Ordnungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie noch sinnvoll und tragfähig sind. Neue Bestimmungen sollten die Idee der Gerechtigkeit mit den Notwendigkeiten der Lebenspraxis in Einklang bringen. Und Akzeptanz in der Bevölkerung werden die Ordnungen nur finden, wenn klar ist, dass sie für alle gelten.

Letztlich braucht eine geordnete Welt auch Spielräume. Es ist kein Zufall, dass die bürokratieverliebten Deutschen gleichzeitig auch Reiselweltmeister sind. Regelstrenge braucht die kompensatorische Flucht in die Exotik der Ferne und den sporadischen Flirt mit dem Chaotischen. Die Menschen sind eben nicht perfekt, und sie wollen es auch nicht immer sein. Wir sind alle kleine Sünderlein, nicht bloß jetzt im Karneval. Unser Alltag funktioniert nur, wenn wir uns hin und wieder an die Grenze des Erlaubten herantasten. Wir brauchen daher Regeln mit menschlichem Maß. Das Auge des Gesetzes sollte stets wichtiger sein als der Buchstabe des Gesetzes. Sonst wird der Wunschtraum von einer perfekten Welt, in der alles akribisch geregelt ist, zum Albtraum.

PRESSESCHAU

In Deutschland bleiben Rechtspopulisten in der Regierung ein Tabu

Tages-Anzeiger

ZÜRICH Entscheiden über das Verhältnis von CDU und AfD wird auf Dauer wohl die Frage, wie diese sich weiterentwickelt. Seit die AfD in allen Landtagen und im Bundestag sitzt, hat sie sich nicht etwa gemäßigt, sondern radikalisiert. Sie ist heute vom Kern bis in die Spitze eine tendenziell neofaschistische Partei, im Osten noch eindeutiger als im Westen. Mit einer offenen rassistischen, latent verfassungsfeindlichen und zutiefst unbürgerlichen Partei aber kann sich keine andere politische Kraft in Deutschland zusammentun. (...) Was in Österreich, Italien oder der Schweiz akzeptabel scheinen mag – Rechtspopulisten und Rechtsradikale in Regierungen „einzubinden“ –, unterliegt in Deutschland zu Recht einem Tabu.

LA STAMPA

ROM Dass Teile der Christdemokraten und der Liberalen mit einer Partei wie der AfD gemeinsame Sache machen, die in Thüringen ihre schamlos rückwärtsgewandten und neonazistischen Gefühle nicht verbirgt, ist ein beispieldloser Fall in der Geschichte des Landes und wird auch auf Bundesebene noch Traumata und Ängste erzeugen. Es sind Gespenster, die auch der schnelle und unvermeidliche Rücktritt von Thomas Kemmerich nicht so rasch vertreiben wird.

DAGENS NYHETER.

STOCKHOLM Das Debakel in Thüringen wirft auch die unbequeme Frage auf, die sich alle parlamentarischen Demokratien stellen müssen: Wie lange können Parteien, die wie die AfD in Thüringen von einem Viertel der Bevölkerung unterstützt werden, von der Macht ferngehalten werden?

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feilerabend, Rudolf Kreitz (Bezirke).
General Manager Digital: Thomas Kemmerer.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Sarah Brasack (Premium).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Hümmler (Leitender Redakteur); **Landeskorrespondent:** Gerhard Voigt (Leitender Redakteur); **NRW/Story:** Detlef Schmalenberger; **Wirtschaft:** Thorsten Brechtig; **Sport:** Christian Loer; **Kultur:** Frank Olbert; **Magazin:** Maria Dohmen; **Reportage/Wochenende:** Claudia Lehnen; **Chefreporter:** Peter Berger, Karlheinz Wagner; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Klaus Schröder; **Regiodesk:** Michael Greuel, Christine Badke.
Alle Verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Gordon Repinski (Ltg.), Steven Geyer (stv.) RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damiir Fras; Moskau: Stefan Scholl; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführer: Philipp M. Froben, Carsten Groß (Lesermarkt), Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).
Mediaverkauf: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH; Matthias Litzenburger.
Leiterin Vertrieb und Marketing: Birgit Rollesbroich. Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2020 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de
Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2491
E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de

Protest gegen die Bonpflicht

Foto: dpa